

II - 21 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr 5 /J

A n f r a g e

1979 -06- 20

der Abgeordneten Dr. HUBINEK, Dipl.Ing. Möst
und Genossen
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend wirksame Maßnahmen, um Schwangerschaftsabbrüche
möglichst zu verhindern

In der WHO weiß man, daß die Zahl der Abtreibungen zunimmt,
daß vor allem bei Jugendlichen immer mehr Schwangerschaftsabbrüche
vorgenommen werden und daß als Konsequenz große Probleme bei
nachfolgenden Geburten (Frühgeburten, untergewichtige Kinder,
behinderte Kinder) auftreten.

Obwohl auch von den Befürwortern der Fristenlösung die
Abtreibung als Mittel der Geburtenregelung abgelehnt wird,
werden keinerlei Maßnahmen, dieses im internationalen Vergleich
schlechte Gesetz zu verbessern bzw. den betroffenen Frauen
wirksam zu helfen, gesetzt.

Nach wie vor fehlen statistische Grundlagen über Zahl und Motive
bei Abtreibungen. Gezielte Hilfen für Schwangere in schwierigen
Situationen müssen jedoch auf der Kenntnis der konkreten Situation
aufbauen. Desgleichen ist die notwendige Trennung von Beratung
und Durchführung der Abtreibung sowie die Durchführung durch
qualifizierte Ärzte weiterhin offen.

Die Nachfrage nach Adoptivkindern ist in Österreich derart groß,
daß schon von da her die Zahl der Abtreibungen sehr hintangehalten
werden könnte.

Zuletzt wurde auch mehrfach gefordert, die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ausschließlich auf öffentliche Krankenanstalten zu beschränken, um das Ansteigen der Zahl von privaten Abtreibungskliniken zu verhindern und eine unzureichende Behandlung in Privatordinationen auszuschließen.

Aus diesen Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Was werden Sie unternehmen, um statistisches Material über Zahl und Motive bei Abtreibungen, wie es zur wirksamen Beschränkung der Abtreibungsziffern nötig wäre, bei voller Wahrung der Anonymität zu erhalten ?
- 2) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß es hinkünftig zu einer Trennung zwischen beratendem und abtreibendem Arzt kommt, damit nicht der Abtreibungsarzt zum eigenen finanziellen Vorteil beraten kann ?
- 3) Werden Sie Maßnahmen, wie die Beschränkung der Durchführung von Abtreibungen nur durch Fachärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe oder die Beschränkung der Durchführung auf öffentliche Krankenanstalten setzen, um die Gefahr gesundheitlicher Schädigungen zu verringern ?
- 4) Werden Sie sich weiters für eine Erleichterung der Bestimmungen über die Adoption einsetzen ?
- 5) Welche sonstigen Maßnahmen planen Sie, um zu verhindern, daß Abtreibungen zunehmend als Mittel der Geburtenregelung angesehen werden ?